

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 56.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 2. Februar 1907.

Gelbstst. in Berlin: Delfauerstraße 14.  
Telephon Amt VI Nr. 1199.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Zeitungs- u. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S.  
Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Zeitungs- u. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S.

Gelbstst. in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.  
Verantwortl. Dr. Walter Oebenleben in Halle a. S.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Zeitungs- u. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S.  
Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Zeitungs- u. Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S.

### Zu den Reichstagswahlen.

#### Wieder ein Sieg über die Sozialdemokratie.

In Bremen wurde in der gestrigen Reichstagswahl Herrmann (fr. Wp.) mit 29 404 Stimmen gewählt. Schnaffeld (Soz.) erhielt 27 690 Stimmen. — Wählerverrat der Sozialdemokrat den Streik.

#### Das Ausmaß und die Wahlen.

Die Ueberrückung des Auslands über den nationalen Schwung der deutschen Wahlbewegung kommt sehr deutlich in einem Artikel des Berliner „Figaro“ zum Ausdruck, der die Wahlen als eine „Mobilisierung ohne Waffen“ bezeichnet. „Der Aufruf an die deutschen Wähler“, schreibt der „Figaro“, „hat Erfolg gehabt. Tausende von Bürgern, die bisher niemals an der Wahlurne erschienen sind, haben dem Rufe Folge geleistet. Das war wohl eine Mobilisierung zu nennen, da alle kamen, nicht nur um ein politisches Recht auszuüben, sondern auch um sich zu erproben. Das „größere Deutschland“ war die Frage, alles übrige war gleichgültig.

Man hätte wohl das deutsche Volk schon bei früheren Gelegenheiten in Erregung gesehen, aber der Kaiser den Reichstag auflöste, um über und Wahlen zu verfahren. Diesmal ist der patriotische Eifer noch härter und begeistender gewesen. Was Herz und Hand bedeuten, das weiß jeder deutsche Bürger von Köln bis Königsberg. Aber die Kolonial! Das ist eine solche Begeisterung erwecken werden und daß die deutsche Regierung mit voller Leichtigkeit für die Bedeutung eines Symbols erheben würde, wer hätte das geglaubt!

Man hat uns sonst gesagt: „Ihr kennt nur das offizielle Deutschland, das in manchen hervorragenden Formen die Absichten einer leitenden Rührarbeit oder die Liebeserfahrungen einer vertriebenen Diplomatie zeigt. Aber es gibt ein anderes Deutschland, welches denkt und arbeitet und keine Abenteuer will.“ Nun, die Wahlen haben einem anderen Deutschland die Gelegenheit, sich zu zeigen. Es hat sich erwiesen, auf einige Stunden aus seinen Kolonialisten, Subalternen und Bürgerlichen herauszutreten, um unter Romanandere und Tausenden es bemerkt haben wollten. Es hat gestimmt. Und es hat gestimmt für die Kolonialen, für die „Weltpolitik“ trotz 200 Mill. neuen Steuern, trotz der überhöhten weiteren fünfziger Proz. — Es gibt also kein „anderes Deutschland“ in dem Sinne jener Beobachter. Die „Realität“ erweist, die Bedeutung nicht mehr unter unter Reichstagen aufzunehmen. Es gibt nur ein Deutschland, wenn es sich um die Größe des Reiches handelt, und man kann dieses so ohne Beispiel nur beneiden, aber man muß damit rechnen.

Was der „Figaro“ hier schreibt, werden die Stichwahlen hoffentlich aufs neue als guttunend erkennen: Wo es sich um Wohl und Größe des Reiches handelt, gibt es ganz gewiß nur ein Deutschland!

#### Derwahn in Darmstadt.

Wort der Kolonialgesellschaft zu Darmstadt spricht am Montag Kolonialdirektor Derrung mit keinem Empörung durch den Großherzog. Oberleitnant Duade wird über seine Erfahrungen in Deutsch-Südwestafrika berichten.

#### Die freimächtige „Welter-Zeitung“

Die Niederlage der Sozialdemokratie muß bei den Stichwahlen vervollständigt werden. So wenig das Zentrum mit den Sozialdemokraten gehen kann, so wenig können wir Liberalen es. Ein ungeheurer, gar nicht wieder auf zu machender Fehler würde es sein, wenn wir Freimächtige uns von der großen Woge des entzündeten Bürgerkriegs ausschließen wollten. Niemand darf eine freimächtige Stimme für einen sozialdemokratischen Banner mit sich abgeben, wenn man sich im Zwange der Stichwahl sogar manche bürgerliche Elemente unterstützen müssen, gegen die man einen tiefen Widerwillen empfindet. Hat man solchen Widerwillen gegen die Sozialdemokratie etwa nicht? Deren Befiegung ist augenblicklich die Aufgabe eines gleichsam heroischen Augenblicks. Und wer sich davon ausschließt, läuft Gefahr, völlig zu versinken, etwa wie die bayerischen Zentrumsvögel bei der Kriegserklärung 1870 oder wie die Welfen.

#### Die Sozialdemokraten

entfallen zu den Stichwahlen eine fieberhafte Tätigkeit. Die positive Arbeit für die Arbeiter nicht aufweisen können, arbeiten sie, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, nach den ältesten Rezepten der Berückung. So überdrehen sie alle Stichwahlkreise, wo es sich um Sozialdemokraten handelt, mit einem in ungeheurer Auflage hergestellten Flugblatts der „Vorwärts“-Druckerei. Und die Wähler ist nun allerdings das Feindbild, was uns in diesem Wahlkampf bevorzugen ist. An den fünf und sechs Millionen kleinen Bürger und Bauern, die mit diesem Flugblatt nicht mehr heran, den deutschen Arbeiter glaubt man aber diese Sammlung der ältesten Wählermärchen vorlegen zu dürfen, die geradezu ein Hohn auf ihre Intelligenz ist! Das Flugblatt will die Arbeiter mit einer kommenden „Schwarzmacher mehrheit“ fördern. In Wirklichkeit werden die „Schwarzmacher“ im nächsten Reichstage um so weniger eine Rolle spielen, je mehr Siege der Sozialdemokratie verloren gehen. Nach dem Flugblatt soll der neue Reichstag überhaupt bestimmt sein, „Gelege gegen die Arbeiterklasse zu machen“. Er wird im Gegenteil die arbeiterefreundliche Sozialpolitik unter den bürgerlichen Parteien enthalten, daß die Fortführung der Sozialreform gefördert ist, auch wenn die Sozialdemokratie fort-

fährt, der Sozialreform Knüttel in die Hände zu stecken. Jetzt spielt sich die Sozialdemokratie als Freundin der Sozialreform auf, aber es soll ihr nicht vergessen werden, daß sie gestimmt hat: 1883 gegen die Krankenversicherung, 1884 gegen die Unfallversicherung, 1889 gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung, 1890 gegen die Gewerbebeiträge, 1891 gegen das Arbeiterlohngesetz. Warum diese Abstimmungen? Weil der Sozialdemokratie jeder Fortschritt zugunsten der Arbeiter zuwider ist. Ihr Ziel ist nicht, die Arbeiter zu helfen, sondern sie zu halten haben, wenn ihnen von dieser Seite mit dem „Stillsitzen der Sozialreform“ bange gemacht wird.

Das Flugblatt kündigt auch wieder eine Gefahr für das Koalitionsrecht und das Reichstagswahlrecht an. Das sind plumpe Spekulationen auf den guten Glauben der Arbeiter. Noch einmal sei es gesagt: Budgetrecht, Wahlrecht und sonstige Volksrechte sind den bürgerlichen Parteien wie bei der Regierung in sicherer Gut. Sogar mit der „freien Fortführung“ will das Flugblatt für die sozialdemokratischen Kandidaten Stimmungen machen. Wenn die Arbeiter aber wissen wollen, wie es mit der „freien Fortführung“ bei den Führern der Sozialdemokratie bestellt ist, dann mögen sie bei Verneinung und bei den „leben lech“ anfragen, die aus demselben „Vorwärts“ hinausgeschossen sind, dessen Drucker seit dieses schöne Flugblatt in die Welt schickte.

Die Mitglieder des Rates ist mit Bildern versehen, die auf die niedrigsten Instanz, Hohn und Spott, berechnung sind. Jeder anständige Arbeiter wird sich angeekelt dieser Bilder fühlen, das es außer der Arbeiterklasse denn doch noch Millionen anderer Leute im Deutschen Reiche gibt, die im Schwere ihres Angelegnis ihr Brot verdienen müssen, und er wird sich bei diesen Bildern, soweit sie die Kolonialen betreffen, auch dieses denken erinnern, was die Sozialdemokratie durch die Verbödung der fähigsten Taten unserer Soldaten in Südwest vor Wit- und Nachwelt gefündigt hat.

Wäge dies Flugblatt also nur seinen Lauf nehmen. Die düsterehafte Jmstunde, die es schrieb, hat sich in der Zahl der Stimmen vermindert, für die es bestimmt ist.

#### Der Wahlwandel.

so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, wird in den Tagen vor der Stichwahl mit besonderem Interesse. Aber wird das Reichstagswahlrecht, das die Wahlentscheidung für bedingt hat, den Eindruck ist mit diesen Schreckensphantasien nicht mehr zu machen. Eine besonders harte Wendung dieser Art findet sich in dem Münchener „Bayerischen Kurier“. Nach bestimmt auftretenden Meinungsumänderungen hochwichtig das Zentrum, in einer Anzahl bayerischer Wahlkreise den Sozialdemokraten Wahlhilfe zu leisten. Weshalb um dies? Solange begründet zu machen, besagt der „Bayerische Kurier“ ein Verändertes, die der bayerischen Regierung nachzusehen, hätte verurteilt, die Wähler zum Zentrumslage um Zusammengehen mit den Liberalen zu bestimmen, „weil im Reichstage ein Mehrheit für eine Veränderung des Reichstagswahlrechts geschaffen werden müßte.“ Wir überlassen es selbstverständlich der bayerischen Regierung, sich mit dem Wählerstande auseinanderzusetzen. Soweit in der Notiz vom Reichstagswahlrecht der Rede ist, verweisen wir sie in die Artikel des Wahlwandel.

\* Herr Erzberger verteilt das Reichstagspräsidentium. Die „Morgenpost“ hat dem Zentrumsvorsitzenden die hochwichtige Frage vorgelegt, welches sein Favorit für den Posten des Reichstagspräsidenten sei. Und Herr Erzberger hat also an:

„Der Plan der Reichs, uns vom Präsidentium abzugeben, besteht in der Tat, und zwar sollte Herr Valler, man, falls die national-liberale Fraktion sollte die höchste Partei der Reichs aus den Wahlen hervorgehen sollte, das Präsidium erhalten. Jedenfalls wird aber die konservativ Partei stärker werden als die national-liberale, und mit dem ersten Vizepräsidenten will Herr Vallerman sich nicht begnügen. In diesem Falle würde wieder Rache an die Reihe kommen. Der zweiten Vizepräsidenten könnte dann ein Freimächtiger einnehmen.“

Herr Erzbergers Favorit aber ist nicht Peter Spahn, sondern Herr von Hertling.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., den 2. Februar.

Zur deutsch-amerikanischen Handelsvertragsfrage. Die Verhandlungen der deutschen und amerikanischen Tarifkommissionen sind jetzt beendet. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird, abgesehen aus offizieller Quelle, gemeldet: „In den Sitzungen hat der Kaufmann nach ein Austausch von Informationen über das handelspolitische System beider Länder und über dessen Ursache und Gründe stattgefunden. Ein Handelsvertrag ist nicht vereinbart worden, weil die amerikanischen Unterhändler keine Vollmacht zum Abschluss eines solchen Vertrages besaßen. Aber man hat sich im Laufe der Verhandlungen über eine Grundlage verhandelt, auf der eventuell ein Zustimmung des Reichstages und des Kongresses ein Handelsvertrag abgeschlossen werden könnte. Keine der beiden Regierungen hat sich gebunden. Jedoch haben die Kommissionäre die Arbeiter-

jobeit gefördert, daß, wenn die beiden Regierungen zu dem Einverständnis gelangen sollten, einen Handelsvertrag abzuschließen, die nötigen Vorarbeiten dazu vorhanden sind. Die Mitglieder sowohl der amerikanischen als auch der deutschen Kommission sind überzeugt, daß, selbst wenn schließlich kein Handelsvertrag die Folge der Verhandlungen sein sollte, doch der Austausch der Ansichten und die gegenseitigen Mitteilungen von größtem Werte gewesen sind, um eine Fortdauer freundschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen den beiden Nationen beizubehalten.“

„Dann ist so gut wie nichts gesagt. Aber trotz der „wenn“ und „aber“, die jeder Satz enthält, sind die Ausführungen noch viel zu optimistisch. Es ist ein eigenartiges Verlangen, daß man bei uns durch derartige Ausstellungen die Hoffnung auf den Abschluss eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages aufrecht zu erhalten will, während drittem die obersten Regierungsgremien sich gerade in entgegengegesetzten Sinne ausdrücken. So hat nach zuverlässiger Nachricht kürzlich selbst Präsident Roosevelt geäußert, er sei überredet, zu hören, in Deutschland bestehe die Ansicht, daß ein Handelsvertrag nach der Rückkehr der North-Commission nicht abzuschließen sei, wenn nur Sternburg die Verhandlungen geleitet hätte. In Wirklichkeit ist die Ansicht auf Abschließung eines Handelsvertrages angelegentlich der Haltung des Senats wenig ermutigend. Das ist doch wahrhaftig deutlich genug. Man sollte solchen Erklärungen gegenüber und nach den bisher mit Amerika gemachten Erfahrungen in der deutschen Presse doch endlich einmal aufhören, von einem beidseitigen Abschluss eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages zu reden. Dieser Abschluss würde bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nur möglich sein, wenn die deutsche Regierung eine unbeschränkte Nachgiebigkeit gegenüber der amerikanischen Zollpolitik zeigen würde. Dann käme aber ein Handelsvertrag zustande, der den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sehr wenig entspräche, und wir trauen der Regierung doch nicht zu, daß sie zum Abschluss eines solchen Vertrages sich bereit finden ließe. Uebrigens würde auch der deutsche Reichstag seine Zustimmung hoffentlich verweigern. Nach den bisherigen Nachrichten ist es kaum anzunehmen, daß sich der neue Reichstag in den schwebenden handelspolitischen Fragen wesentlich anders stellen wird als der bisherige. Das einfache wäre, wenn sich die deutsche Regierung dazu entschloße, das Ergebnis der mit der amerikanischen Tarifkommission gepflogenen Verhandlungen zu veröffentlichen. Bei der bekannten Geheimnistuerei unserer obersten Verwaltungskreise ist ein solcher Schritt aber leider nicht zu erwarten, und wir werden über die Verhandlungen vermutlich erst auf dem Wege über Washington Näheres erfahren.“

\* In der letzten Sitzung des Bundesrats wurde weiter der Entwurf eines Landes-Erbchaftsteuer-Geleges für Gläubiger-Vertrügen, den zukünftigen Ansprüchen überwiegen. Zustimmung fanden die Anträge betr. Zollbehandlung von Umschiffungen, in denen feingehackter Tabak erzeugt, betr. Umtausch und Ersatz von Zigaretten-Steuergeboten, betr. einen zweiten Zusatz zum internationalen Übereinkommen zum Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1898 und betr. den Entwurf eines Geleges über den Hinterbliebenen-Vericherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds.

In der Subkommission des Abgeordnetenhauses machte der Handelsminister Debes Mitteilungen über seine Reise nach Genève aus Anlaß des Grunderwerbungs in Baden. Seine Ausführungen gingen dahin, daß man völlig aufzufordern sei, die Ursache mit Sicherheit festzustellen, insbesondere, ob irgend eine Zahlensysteme vorliege, die durch Rechnen oder unrichtigsten Vorgehen mit der Länge befangen worden sei. Die Vertreter, die die Gründe vorher zu unterlegen haben, hätten sämtlich genehmigt, daß alles in Ordnung sei. Doch ist festgestellt, daß ein Vertommen, der uns Leben gekommen ist, hat um 3 Uhr, erst um 4 Uhr eingedrungen ist, daß er daher nicht in der Lage war, alles zu kontrollieren, wenn er überhaupt kontrolliert hat. Wo die Ergebnisse feststehen hat, ist es ebenfalls nicht mit Sicherheit überprüfbar, aber schon am ersten Tage war es klar, daß kein Reich mehr am Leben sei. Unzufrieden der Untersuchung hat der Minister im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft angeordnet, daß insofern eine Änderung in diesem Falle Weg greift, als nicht die Vertreter allein den Tatsachen feststellen, sondern daß gleichzeitig das Gericht hinzugezogen wird, so daß umgehend eiltige Zeugenaussagen vorliegen. Die Vermutung, daß das Wetter von oben her eingedrungen ist, habe aufgegeben, so sagte der Minister, die größte Verantwortlichkeit für sich. Im übrigen habe er sich noch nicht vollständig gemahnt, imwieweit dem Antrage der Subkommission, ihr Vorgehen zu geben, ihrem Vorgesetzten praktischen Ausmaß zu verleihen, Folge zu haben sein würde. Der Minister betonte besonders die ausgezeichnete Haltung der Bevölkerung, sowohl bei der Feierfeier, als auch sonst. Die Bevölkerung ist ruhig, erfrischt und gefestigt. Durch die 20 000 Mark des Reiches seien alle Familien außer bewahrt worden, daß sie in der ersten Zeit in Not kämen. Sogar trat die Kommission in die Beratung des Berg-, Sülten- und Salinetrats ein. Bei dieser erklärte gegenüber der Behauptung des Referenten Stengel, daß sich das finanzielle Ergebnis der vor fünf Jahren von Reichs gemachten Erweiterungen in Westfalen viel ungünstiger gestaltet habe, als die Verabreicherung schäde, der Oberbergbaupräsident, das Geschäft, das der Staat gemacht habe, sei in allen Fällen gut, und der Staat









